

Presseinformation: Die erneuten Schulschließungen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Die Vorgaben der Ministerin reichen nicht aus!

Der GGG Landesvorstand blickt mit großer Sorge sowohl auf die zurückliegende Zeit seit den Sommerferien als auch auf die von unseren Schulen noch zu bewältigenden Aufgaben im laufenden Schuljahr. Die heute von der Bildungsministerin Karin Prien in einer Medien-Information bekanntgegebenen Orientierungen für die Zeit nach den Weihnachtsferien reichen nicht aus.

Wir sind der Auffassung, dass zu lange am Dogma eines regulären Präsenzunterrichts festgehalten wurde, ohne dabei hinreichend den notwendigen Gesundheitsschutz von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie deren Angehörigen in den Blick zu nehmen. Die Behauptung von unseren Schulen gehe keine Infektionsgefahr aus, ist offensichtlich falsch. Die Schulschließungen sind eine logische Konsequenz.

Unsere wiederholten Hinweise darauf, dass unsere Schulen schon lange am Limit arbeiten, sollten endlich berücksichtigt werden. Entlastungen von der Fixierung auf Prüfungen und Tests sowie dem Festhalten an den Vorgaben der Fachanforderungen sind erforderlich. Mit den entsprechenden Hinweisen für die aktuelle Phase des Lernens in Distanz hat das Bildungsministerium in dieser Hinsicht den richtigen Weg eingeschlagen. Warum dieser nach den Weihnachtsferien nicht fortgesetzt wird, bleibt unverständlich. Prüfungsvorbereitungen, Prüfungsanforderungen und Prüfungen sollten so gestaltet und organisiert werden, dass für alle Schülerinnen und Schüler eine angemessene Bewältigung möglich sein wird. Es wird Zeit einzugestehen, dass unter Coronabedingungen kein „normaler Unterricht“ möglich ist, die „normalen Unterrichtsziele“ nicht erreicht werden können.

Szenarien für den Unterricht müssen den Pandemieerfordernissen genügen, aber auch an den Möglichkeiten der Einzelschule orientiert sein. Dazu brauchen unsere Schulen wesentlich größere Freiheiten. Unterricht in dieser Zeit, der sich allein auf die Vermittlung von Stoff vor allem in den Kernfächern ausrichtet, wird dem Auftrag der Schulen nur bedingt gerecht. Für unsere Schülerinnen und Schüler sollte Schule in Zeiten von Corona auch ein Ort von Stabilität, Zuwendung und Zugehörigkeit sein.

Nach aktuellem Stand wird uns Corona noch das ganze Jahr 2021 beschäftigen. Um die entstandenen Lücken insbesondere für bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler aufzuarbeiten, wird es auch über das Jahr 2021 hinaus weiterer Anstrengungen bedürfen. Eine Aufgabe, die mit höchster Priorität angegangen werden muss.

Dieter Zielinski

17.12.2020